

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Bearbeiterverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	IX
Literaturverzeichnis	XIII
<i>A. Überblick und aktuelle Gesetzesänderungen</i>	1
I. Zielrichtung	1
II. Überblick zum außergerichtlichen Verfahren	1
III. Überblick zum gerichtlichen Verfahren	4
IV. Überblick zum Vollstreckungsverfahren	8
V. Missbrauch und Streitwert	10
VI. Aktuelle Gesetzesänderungen	13
<i>B. Außergerichtliches Vorgehen</i>	17
I. Einleitung	17
II. Grundbegriffe	20
1. Abmahnung	21
2. Abschlussserklärung und Abschlusssschreiben	21
3. Aufwendungsersatz	22
4. Begehungsgefahr (Wiederholungsgefahr und Erstbegehungsgefahr)	23
5. Dringlichkeitsfrist und Dringlichkeitsvermutung	23
6. Hamburger Brauch	25
7. Kerngleiche Verletzungshandlung	26
8. Unterlassungserklärung	27
9. Verletzungshandlung und Verletzungsform	28
10. Vertragsstrafenbewehrt	28
III. Abmahnung	29
1. Welche Funktionen erfüllt die Abmahnung?	29
2. Kann eine gerichtliche Auseinandersetzung auch ohne Abmahnung begonnen werden?	31
3. Was sollte der Abmahnende tun, bevor er die Abmahnung versendet?	33
a) Organisatorisches	33
b) Gespräch mit dem Mandanten	35
c) Keine Erklärungsfrist im Verfügungsverfahren, Darlegung des Sachverhalts und Glaubhaftmachungsmittel	35
4. Welchen Anforderungen muss eine Abmahnung genügen?	38
a) Muss der Abmahnung eine Vollmacht beigelegt werden?	38
b) Welchen Inhalt muss die Abmahnung haben?	39
c) Muss der Abmahnung eine vorformulierte Unterlassungserklärung beigelegt werden?	42
d) Muss die Abmahnung dem Unterlassungsschuldner zugehen?	44
5. Wer trägt die Kosten der Abmahnung?	46

a) Voraussetzungen des materiellen Kostenerstattungsanspruch	46
b) Höhe der zu erstattenden Kosten	47
c) Recherchekosten zur Vorbereitung der Abmahnung	49
d) Verjährung des Kostenerstattungsanspruchs	50
e) Keine Geltendmachung im Kostenfestsetzungsverfahren	50
f) Nur tatsächlich angefallene Aufwendungen geltend machen	51
6. Beispiel und Muster	52
IV. Berechtigungsanfrage	56
V. Vorratsverfügung	57
VI. Reaktion des Abgemahnten	58
1. Muss der Abgemahnte den Abmahnenden auf Fehler in der Abmahnung hinweisen?	61
2. Abgabe einer Unterlassungserklärung	63
a) Welche Vorteile und welche Nachteile hat die Abgabe der Unterlassungserklärung für den Schuldner gegenüber dem gerichtlichen Untersagungsgebot?	63
b) Welchen Anforderungen muss die Unterlassungserklärung genügen?	66
c) Wie hoch muss die Vertragsstrafe ausfallen?	71
d) Wie muss der Abmahnende auf die Abgabe der Unterlassungserklärung reagieren?	75
aa) Prüfung der Unterlassungserklärung	75
bb) Annahme der Unterlassungserklärung	75
cc) Übermittlung der Unterlassungserklärung per Fax oder durch einen Bevollmächtigten	77
e) Stellt die Unterlassungserklärung vor dem Notar eine sinnvolle Handlungsmöglichkeit für den Unterlassungsschuldner dar?	78
f) Kann die Unterlassungserklärung auch noch während der gerichtlichen Auseinandersetzung abgegeben werden?	78
g) Was muss der Abgemahnte vor Abgabe der Unterlassungserklärung veranlassen?	81
h) Wie wird die Unterlassungserklärung ausgelegt?	84
i) Wann kann der Unterlassungsvertrag beendet werden?	87
j) Beispiel und Muster	89
3. Hinterlegung einer Schutzschrift	89
a) Welche Vorteile hat die Hinterlegung der Schutzschrift für die abgemahnte Partei?	90
b) In welchen Situationen sollte eine Schutzschrift hinterlegt werden?	92
c) Inhalt und Form der Schutzschrift	92
d) Kostenerstattung	96
e) Beispiel und Muster	97
4. Erhebung einer negativen Feststellungsklage	100
a) Bedeutung der negativen Feststellungsklage im Wettbewerbsprozess	100
b) Wann kommt die Erhebung einer negativen Feststellungsklage in Betracht?	100
aa) Interesse an der Klärung des Bestehens oder Nichtbestehens des Anspruchs	101
bb) Wahrung des guten Rufs	101
cc) Reduzierung des Risikos weiterer Abmahnungen	101

c) Welche Voraussetzungen müssen vor Erhebung der Feststellungsklage erfüllt sein?	102
d) Worauf muss der Abmahnende bei der Durchführung der negativen Feststellungsklage achten?	103
aa) Verjährung des Unterlassungsanspruchs wird durch die Erhebung der negativen Feststellungsklage nicht gehemmt.	103
bb) Aufgabe der Berühmung reicht zur Abwendung der negativen Feststellungsklage nicht aus	103
cc) Verteilung der Darlegungs- und Beweislast	104
e) Worauf muss der Abgemahnte achten?	104
aa) Erledigungserklärung nicht zu früh abgeben	104
bb) Gerichtsstand kann dem Abgemahnten nicht aufgezwungen werden	104
f) Beispiel und Muster	104
C. Vorbereitung des gerichtlichen Verfahrens	107
I. Ansprüche im Wettbewerbsprozess	107
1. Welche Ansprüche sind im Wettbewerbsprozess geltend zu machen?	107
a) Ansprüche auf Unterlassung und Beseitigung	107
b) Anspruch auf Schadensersatz	109
aa) Wettbewerbsrecht	109
bb) Verletzung von Schutzrechten	110
cc) Zahlungsklagen	111
dd) Feststellungsklagen	111
c) Ansprüche auf Auskunft	112
d) Erstattung der Kosten für die Abmahnung und das Abschlussbeschreiben	113
e) Verurteilung zur Urteilsveröffentlichung	113
f) Abschöpfung des aus der Wettbewerbsverletzung erzielten Gewinns	114
g) Ansprüche auf Vernichtung und Rückruf	115
h) Ansprüche auf Vorlage und Besichtigung	116
II. Anspruchsberechtigung/Klagebefugnis (Aktivlegitimation)	117
1. Wettbewerbsrechtliche Ansprüche	117
a) Klagebefugnis des Mitbewerbers	118
b) Klagebefugnis von Verbänden	122
aa) Verbände zur Förderung gewerblicher oder selbständiger beruflicher Interessen	123
bb) Verbraucherschutzorganisationen	127
cc) Industrie- und Handelskammern, nach der Handwerksordnung errichtete Organisationen, andere berufsständische Körperschaften des öffentlichen Rechts und Gewerkschaften	128
2. Anspruchsberechtigung im Urheberrecht und Markenrecht	129
a) Überlassung von Nutzungsrechten	129
b) Rechtsverfolgung aufgrund gewillkürter Prozessstandschaft	130
c) Abtretung von Ansprüchen	131
d) Beispiel zur Aktivlegitimation im Urheberrecht	132
III. Bestimmung des Anspruchsgegners (Passivlegitimation)	132
1. Überblick über die Zurechnungsgründe	132

2. Verletzung einer wettbewerbsrechtlichen Verkehrspflicht oder der „unternehmerischen Sorgfalt“	136
a) Haftung für Medien	136
b) Insbesondere: Haftung von Telediensteanbietern, und zwar insb. von Host-Providern	137
aa) Voraussetzungen	137
bb) Anforderungen an den Hinweis	139
cc) Umfang der Haftung	140
dd) Haftung von Access- und Network-Providern	140
ee) Haftung von Online-Plattformen für Urheberrechtsverletzungen	140
c) Weiterer Sonderfall: Haftung für die unzureichende Sicherung von Zugangsberechtigungen	141
3. Störerhaftung	141
4. Haftung für Mitarbeiter und Beauftragte	142
a) Rechtsnatur und Anwendungsbereich	143
b) Voraussetzungen	144
aa) In einem Unternehmen	144
bb) Mitarbeiter oder Beauftragter	144
cc) Inhaber des Unternehmens	145
c) Haftung für ausgeschiedene und neu eingetretene Mitarbeiter und Beauftragte (Arbeitsplatzwechsel)	145
d) Haftung bei Unternehmensübergang (Inhaberwechsel)	146
5. Haftung von Vertretungsorganen eines Unternehmens	146
6. Auswirkungen einer Insolvenz	148
IV. Entgegenstehende Rechtskraft (oder auch nur Rechtshängigkeit)	149
1. Der Streitgegenstand	149
a) Wettbewerbsrecht	150
b) Markenrecht	152
c) Mehrere Schutzrechte oder Rechtsgebiete	152
2. Problemfall: Gleichartige Verletzungshandlungen	153
3. „Rechtskraft“ der einstweiligen Verfügung und der Unterlassungserklärung?	155
4. Zusammenfassung: Neues Erkenntnisverfahren oder Vollstreckung?	156
V. Auswahl des Gerichts: Sachliche, funktionale und örtliche Zuständigkeit	156
1. Sachlich zuständig	156
2. Funktional zuständig	157
3. Örtlich zuständig	158
a) § 14 Abs. 2 UWG: Überblick	158
b) Insbesondere: Tatortgerichtsstand	159
aa) Anwendungsbereich	160
bb) Lokalisierung des Tatorts	160
cc) Handlungsort	161
dd) Erfolgsort	161
ee) Wahlmöglichkeit	163
ff) Einschränkungen des fliegenden Gerichtsstands bei Rechtsstreitigkeiten wegen Zu widerhandlungen im elektronischen Geschäftsverkehr oder in Telemedien	163
gg) Einschränkungen für Verbände als Kläger	164

hh) Einschränkungen und Unionsrecht	164
4. Praxistipps des Anwalts	164
5. Checkliste für die Auswahl des Gerichts	165
VI. Weitere Erwägungen insbesondere vor dem Gang zu Gericht	165
1. Die rechtsmissbräuchliche Geltendmachung des Beseitigungs- bzw. Unterlassungsanspruches	166
a) Allgemeines	166
b) Die bisherige Regelung des § 8 Abs. 4 UWG a.F und die neue Regelung des § 8c Abs. 2 UWG n.F.	169
c) Analoge Anwendung des § 8 Abs. 4 S. 1 UWG a.F.	173
d) Exkurs: Vergleich Rechtsmissbrauch im Urheberrecht und im Wettbewerbsrecht	174
e) Beispieldiskussion für eine Indizienhäufung	175
f) Alphabetische Fallsammlung mit Indizien eines Rechtsmissbrauchs	176
2. Schadensersatzpflicht wegen einer ungerechtfertigten Anordnung eines Arrestes oder einstweiligen Verfügung gemäß § 945 ZPO	218
a) Allgemeines	218
b) Aktivlegitimation	219
c) Der Begriff der Vollziehung der angeordneten Maßregel	220
d) Verschuldensunabhängige Haftung	222
e) Bindungswirkung/Darlegungs- und Beweislast/Prozessuale	223
f) Schadensersatz	224
g) Mitverschulden	224
h) Kein Schadensersatzanspruch	225
i) Negative Feststellungsklage	226
j) Verjährung	226
k) Exkurs: Nichtigerklärung eines Patents, Patentverletzung	226
3. Das Einigungsstellenverfahren gemäß § 15 UWG	227
a) Einleitung:	227
b) Besetzung der Einigungsstellen	228
c) Ablehnung eines Beisitzers der Einigungsstelle/ Befangenheitsantrag	229
d) Zuständigkeit	230
e) Zielsetzung der Einigungsstelle/Vergleich	231
f) Verjährungshemmung	231
g) Rechtsschutzbedürfnis/Anhängigkeit vor Anrufung der Einigungsstelle	232
h) Persönliches Erscheinen der Parteien/Ordnungsgeld	232
i) Unbegründetheit des Anspruchs	233
j) Aufwendungsersatz beim Einigungsstellenverfahren/Kosten	233
k) Ermächtigung für die Landesregierungen	234
l) Muster eines Antrags auf Einleitung eines Einigungsstellenverfahrens	235
m) Beispiel einer Landesverordnung über die Errichtung von Einigungsstellen	235
4. Das Schiedsgerichtsverfahren nach §§ 1025 ff. ZPO	239
a) Einleitung	239
b) Institutionen und Schiedsgerichtsordnungen	241
c) Anwendungsbereich der §§ 1025 ff. ZPO und Ort des schiedsrichterlichen Verfahrens	243
d) Begriff, Form und Inhalt der Schiedsvereinbarung	244

e) Schiedsfähigkeit	246
f) Besonderheiten bei Beteiligung von Verbrauchern	246
g) Befugnis des Schiedsgerichts zur Entscheidung über die eigene Zuständigkeit	246
h) Einrede des Schiedsvertrages/Verlust des Rügerechts	247
i) Schiedsvereinbarung und Klage vor Gericht sowie einstweilige gerichtliche Maßnahmen	248
j) Maßnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes/Sicherheit/Schadensersatz	248
k) Zusammensetzung des Schiedsgerichts, Bestellung der Schiedsrichter und Ablehnung eines Schiedsrichters bzw. eines Sachverständigen	249
l) Verfahrensregeln/Klage und Klagebeantwortung/Mündliche Verhandlung	250
m) Vom Schiedsgericht bestellter Sachverständiger	251
n) Anwendbares Recht/Entscheidung nach Billigkeit/Handelsbräuche	251
o) Vergleich/Schiedsspruch/Wirkung	251
p) Beendigung des schiedsrichterlichen Verfahrens/Kosten	252
q) Aufhebungsantrag und Aufhebung durch das Gericht	253
r) Zwangsvollstreckung	255
5. Die Entscheidung zwischen Verfügungsverfahren oder Hauptsacheklage/Dringlichkeitsfristen der OLGe	255
VII. Internationales Wettbewerbsrecht	264
1. Auslandsberührung	264
2. Internationale Zuständigkeit	266
a) Maßgebliches Recht	267
b) Bestimmung gem. Art. 7 Nr. 2 EuGVVO nach Rechtsgebieten	267
aa) Persönlichkeitsrechtsverletzungen	268
bb) Wettbewerbsrechtsverletzungen	269
cc) Kartellrecht	269
dd) Immaterialgüterrechte (Geistige Eigentumsrechte)	270
ee) Nur bei bestimmungsgemäßer Ausrichtung?	271
c) Territoriale Reichweite des Verbots	273
d) Weitere Besonderheiten	273
3. Anzuwendendes Recht	275
a) Das für Wettbewerbsverletzungen geltende Recht (Art. 6 Abs. 1 Rom II-VO)	275
aa) Bestimmung des Marktorts	276
bb) Multi-State-Fälle aufgrund von Streuwerbung	278
(1) Vielzahl gleichartiger Handlungen	278
(2) Unteilbare Handlungen	278
(3) Spill-Over u.ä	279
cc) Einschränkung der Markortanknüpfung: Das gemeinschaftsrechtliche Herkunftslandprinzip	279
dd) „Bilaterale“ Handlungen	281
ee) Allgemeine Grundsätze des IPR	281
b) Das für Immaterialgüterverletzungen geltende Recht (Art. 8 Rom II-VO)	282
c) Die allgemeine Kollisionsregel (Art. 4 Abs. 1 Rom II-VO)	283
4. Vollziehung, Anerkennung und Vollstreckung	283

5. Weitere Besonderheiten des Verfahren	286
6. Prüfungsschema internationales Wettbewerbsrecht	288
D. Die einstweilige Verfügung	289
I. Formelle und inhaltliche Anforderungen an den Antragsschriftsatz	289
1. Adressat und Form der Übertragung	290
2. Begründung des Antrags	290
a) Sachverhalt	291
b) Rechtliche Ausführungen	293
c) Besonderheit im patentrechtlichen Eilverfahren	293
II. Verfügungsgrund, insbesondere Dringlichkeit	293
1. Bedeutung im richterlichen Alltag	293
2. Umfang der Dringlichkeitsvermutung	295
3. Ausnahmen von der Dringlichkeitsvermutung	296
a) Dringlichkeitsschädliches Zuwarten mit der Antragsstellung	296
aa) Zeitspanne („Dringlichkeitsfrist“)	297
bb) Erforderlicher Kenntnisstand des Antragsstellers	299
(1) Objektiv	299
(2) Subjektiv	299
(3) Personenkreis	299
cc) „Wiederaufleben“ der Dringlichkeit	300
b) Dringlichkeitsschädliches Zögern beim weiteren Betrieb des Verfahrens	301
c) Zeitgebundene Verstöße	303
d) Fehlende Bedeutung des Verstoßes	303
e) Gegenschlag	304
f) Mehrere Irreführungsaspekte	304
4. Darlegungs- und Glaubhaftmachungslast	305
5. Fragen & Antworten	306
III. Antrag	306
1. Fassung	306
a) Bestimmtheitsgebot	307
b) Konkretisierungsgebot („Treffen der Verletzungsform“)	309
c) Gerichtliche Praxis	311
d) Formulierungsvorschläge	312
2. Alternative Anspruchshäufung	313
a) Mögliche Vorgehensweise bei mehreren Streitgegenständen	314
b) Weitere Gesichtspunkte bei der Wahl der aufgezeigten Wege	315
c) Rechtsmittel	317
3. Rücknahme und Erledigungserklärung	317
IV. Reaktionen des Gerichts vor der Entscheidung	318
1. Registrierung des Verfügungsantrags	318
2. Übersicht über die Verfahrensalternativen des Gerichts	318
3. Entscheidung ohne mündliche Verhandlung	318
a) Erlass der einstweiligen Verfügung	318
aa) Entscheidung ohne mündliche Verhandlung	318
bb) Bedeutung der Abmahnung	320
cc) Einstellung der Verletzungshandlung ohne ausreichende Unterwerfungserklärung	321
dd) Tatsächlich und rechtlich eindeutige Sachverhalte	322
ee) Bedeutung der Darlegungs- und Glaubhaftmachungspflicht	322

b) Zurückweisung des Antrages auf Erlass der einstweiligen Verfügung	323
c) Rechtsbehelfe gegen die beschlussförmige Entscheidung	324
d) Übersendung der Antragschrift zur schriftlichen Anhörung	324
e) Vorgehen bei ergänzungsbedürftigem Vortrag des Antragstellers	325
f) Rücknahme des Antrags und forum shopping	326
4. Entscheidung durch den Vorsitzenden allein	327
5. Entscheidung aufgrund mündlicher Verhandlung	328
a) Bestimmung des Termins	328
b) Anträge auf Verlegung des Termins	329
c) Vorbereitung des Termins und Entscheidung	330
V. Welche Maßnahmen müssen die Parteien des einstweiligen Verfügungsverfahrens nach Erlass der einstweiligen Verfügung ergreifen?	331
1. Vollziehung der einstweiligen Verfügung	331
a) Was muss zugestellt werden?	332
aa) Beschlussverfügung	332
bb) Urteilsverfügung	332
cc) Erneute Zustellung bei geänderter oder wiederhergestellter Entscheidung	333
dd) Fotos und Screenshots	334
ee) Muster eines Anschreibens an den Gerichtsvollzieher und eines Schriftsatzes über die erfolgte Zustellung an das Gericht	334
b) An wen muss der Verfügungsbeschluss zugestellt werden?	335
c) Durch wen muss die Zustellung erfolgen?	336
d) Wie schnell muss der Verfügungsbeschluss zugestellt werden?	336
e) Was spricht gegen eine unverzügliche Zustellung?	337
f) Was muss bei der Zustellung noch beachten werden?	338
g) Wie funktioniert die Zustellung im Ausland?	338
h) Was tun bei Zustellungsfehlern?	338
aa) Heilung nach § 189 ZPO	339
bb) Keine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, kein Verzicht	339
cc) Erlangung einer Abschlusserklärung	339
i) Was sind die Folgen der Vollziehung?	340
2. Abschlussverfahren	341
a) Das Abschlusssschreiben	341
aa) Sollte der Antragsgegner abwarten, bis ihm das Abschlusssschreiben zugeht?	341
bb) Welchen Inhalt muss das Abschlusssschreiben haben?	341
cc) Welche Fristen sind zu berücksichtigen?	342
dd) Wann ist ein zweites Abschlusssschreiben erforderlich?	343
ee) Welche Kosten fallen an?	343
ff) Entspricht die Rücknahme des Widerspruchs der Abgabe der Abschlusserklärung?	344
gg) Kann der Antragsgegner statt der Abschlusserklärung auch eine Unterlassungserklärung abgeben?	344
b) Die Abschlusserklärung	345
aa) Welchen Inhalt muss die Abschlusserklärung haben?	345
bb) Beweislastverteilung	346
cc) Muss der Gläubiger die Abschlusserklärung annehmen?	346

dd) Welche Rechtsfolgen hat die Abschlusserklärung?	346
c) Muster	347
aa) Muster eines Abschlussbeschreibens	347
bb) Muster einer Abschlusserklärung	348
VI. Was tun, wenn der Verfügungsantrag zurückgewiesen wird?	349
1. Rechtsmittel gegen die Zurückweisung des Verfügungsantrags	349
a) Sofortige Beschwerde	349
b) Berufung	350
2. Forum-Shopping	350
a) Allgemeines	350
b) Der fliegende Gerichtsstand	351
c) Rechtsmissbrauch nach § 8 Abs. 4 UWG aF durch Ausnutzung des fliegenden Gerichtsstands?	356
d) Dringlichkeit und Rechtsschutzbedürfnis/Zweit- oder Mehrfacheinreichung nach UWG aF	358
aa) Sofortige Zurücknahme und unverzügliche anderweitige Anbringung des Antrags unter Offenlegung des bisherigen Verfahrens	358
bb) Sofortige Zurücknahme und unverzügliche anderweitige Anbringung des Antrags unter Verschweigen des bisherigen Verfahrens	359
cc) Zurücknahme erst nach der anderweitigen Anbringung des Antrags	360
dd) Neueinbringung nach (teilweisen) Zurückweisung des Verfügungsantrages	360
ee) Zurücknahme des Verfügungsantrags in der zweiten Instanz . .	360
e) Fazit	361
VII. Wie kann sich der Antragsgegner gegen eine bereits erlassene einstweilige Verfügung zur Wehr setzen?	362
1. Widerspruch	362
a) Vollwiderspruch	362
b) Teilwiderspruch	362
c) Kostenwiderspruch	363
d) Unterwerfungswiderspruch	363
e) Widerspruch zur Erlangung einer Aufbrauchsfrist	364
2. Aufhebung wegen veränderter Umstände	364
3. Zwang zur Hauptsacheklage	365
a) Abschlusserklärung	365
b) Erhebung der Hauptsacheklage	365
c) Aufhebung wegen Nichtbefolgung der Anordnung der Klageerhebung	367
E. Formulierung der Klageanträge	369
1. Antrags auf Unterlassung	369
2. Antrag auf Schadensersatz	371
3. Antrag auf Auskunft und Rechnungslegung	372
4. Antrag bei der Beseitigungsklage	373
5. Antrag bei der Feststellungsklage	374
6. Antrag bei der Gewinnabschöpfungsklage	375
F. Weitere Unterschiede zum Verfügungsverfahren	377

G. Aufhebungsverfahren	379
I. Aufhebung einstweiliger Verfügungen	379
1. Aufhebung wegen veränderter Umstände	379
a) Gesetzlich geregelte Aufhebungegründe	379
aa) Erledigung des Verfügungsgrundes durch Entscheidung der Hauptsache	379
bb) Erbieten zur Sicherheit	380
b) Weitere Aufhebungegründe	380
aa) Änderung der Rechtslage	380
bb) Ablauf oder Löschung von Schutzrechten	381
cc) Versäumung der Vollziehungsfrist	381
dd) Nachträgliche Abgabe der Unterwerfungserklärung	382
ee) Verjährung	382
2. Aufhebung wegen Nichtbefolgung der Anordnung der Klageerhebung	383
3. Verfahren zur Aufhebung einstweiliger Verfügungen	384
a) Geltendmachung der Aufhebungegründe	384
b) Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung	384
c) Widerspruch oder Aufhebungsverfahren?	384
d) Aufhebungsantrag	385
aa) Zuständigkeit	385
bb) Glaubhaftmachung	386
cc) Wechsel der Parteirollen	386
dd) Entscheidung des Gerichts	386
ee) Vorprozessuale Aufforderung zum Titelverzicht	386
e) Veränderte Umstände nach der Abschlusserklärung	387
f) Wirkung des Aufhebungsurteils	388
g) Kostenregelungen	389
aa) Kosten des Aufhebungsverfahrens	389
bb) Kosten des Verfügungsverfahrens	390
4. Was ist im Aufhebungsverfahren zu beachten?	391
II. Aufhebung rechtskräftiger Hauptsacheentscheidungen	391
H. Vollstreckung	393
I. Vollstreckung von Unterlassungsansprüchen	393
1. Einleitung der Zwangsvollstreckung	393
a) Zuständiges Vollstreckungsorgan	393
b) Antrag	394
2. Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen	395
3. Besondere Vollstreckungsvoraussetzungen	395
a) Androhung von Ordnungsmitteln	395
aa) Im Erkenntnisverfahren	395
bb) Durch besonderen Beschluss	396
b) Nebeneinander von Ordnungsmitteln und Vertragsstrafe	396
c) Sicherheitsleistung	397
d) Bestehen des Titels zur Zeit des Verstoßes gegen die Unterlassungspflicht	398
e) Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung und Vollstreckungsverzicht	399
4. Zu widerhandlung gegen das Unterlassungsgebot	401
a) Unterlassungspflicht und Handlungspflicht	401

b) Reichweite des Unterlassungsanspruchs – Kerntheorie	401
5. Verschulden	403
a) Eigenes Verschulden	403
b) Fehlverhalten Dritter	403
c) Darlegungs- und Beweislast	404
d) Verbotsirrtums	405
6. Festsetzung des Ordnungsmittels	405
a) Entscheidung durch Beschluss	405
b) Ordnungsgeld oder Ordnungshaft	406
c) Fortsetzungszusammenhang/natürliche Handlungseinheit	408
d) Unterlassungstitel gegen mehrere Personen	408
e) Vollstreckung gegen die öffentliche Hand	409
7. Anordnung einer Sicherheitsleistung gem. § 890 Abs. 3 ZPO	409
8. Vollstreckung der Ordnungsmittel	410
a) Vollstreckung von Ordnungsgeldern	410
b) Vollstreckung von Ordnungshaft	411
c) Kein Gnadenerlass	411
d) Insolvenz	411
9. Vollstreckung von Ordnungsgeldern innerhalb der Europäischen Union	412
a) Vollstreckung nach der Brüssel Ia-VO	412
b) Vollstreckung nach der EuVTVO	414
10. Verjährungsfragen	415
11. Verfahrenswert und Kosten	416
a) Verfahrenswert des Ordnungsverfahrens	416
b) Kostenentscheidung	417
c) Berechnung der Kosten	417
12. Rechtsbehelfe	418
a) Rechtsbehelfe gegen die Festsetzung des Ordnungsmittels	418
b) Rechtsbehelfe gegen die Vollstreckung des Ordnungsmittels	418
13. Was ist bei der Beantragung eines Ordnungsmittels zu beachten?	419
II. Vollstreckung von Zahlungs- und Freistellungsansprüchen	419
1. Vollstreckung von Zahlungsansprüchen	419
2. Vollstreckung von Freistellungsansprüchen	419
III. Vollstreckung von Ansprüchen auf Auskunft und Rechnungslegung	421
1. Vollstreckungsantrag	421
2. Entscheidung des Gerichts	422
3. Vollstreckung des Zwangsmittels	424
4. Vollstreckung aus einer einstweiliger Verfügung	424
5. Rechtsbehelfe	425
6. Verfahrenswert und Kosten des Zwangsmittelverfahrens	426
I. Kosten	429
I. Erstattung von Kosten	429
1. Erstattung der Kosten für die Abmahnung	429
2. Erstattung der Kosten des einstweiligen Verfügungsverfahrens	433
3. Erstattung der Kosten einer Schutzschrift	433
4. Erstattung der Kosten für das Abschlusssschreiben	434
5. Erstattung der Kosten des Hauptachsaverfahrens	435
6. Erstattungsfähige Kosten	435
a) Rechtsanwaltskosten	435

aa) Grundsatz der Kostenerstattung in gerichtlichen Verfahren	435
bb) Beaufragung eines Rechtsanwalts am Sitz des Gerichts	435
cc) Beaufragung eines Rechtsanwalts am Sitz der Prozesspartei für den Rechtstreit am auswärtigen Gericht	437
dd) Beaufragung eines Rechtsanwalts weder am Gerichtsort noch am Sitz der Prozesspartei	439
ee) Beaufragung eines auswärtigen Rechtsanwalts für den am Sitz der Prozesspartei geführten Rechtsstreit	441
b) Patentanwaltskosten	441
aa) Erstattung im Rechtsstreit	441
bb) Erstattung bei der Abmahnung	442
cc) Erstattung im Wettbewerbsprozess	442
dd) Kosten für den ausländischen Patentanwalt	443
c) Vorbereitungskosten	443
d) Kosten für die Abwehr von Ansprüchen	445
aa) Abwehr von unberechtigten oder inhaltlich unvollständigen Abmahnungen im Wettbewerbsrecht	445
bb) Abwehr von missbräuchlichen Abmahnungen	445
cc) Abwehr einer unberechtigten Schutzrechtsverwarnung	446
II. Streitwert	446
1. Zuständigkeitsstreichwert/Gebührenstreichwert	446
2. Streitwert von Unterlassungs- und Beseitigungsansprüchen	446
a) Grundsätze der Streitwertbemessung	446
b) Klagehäufung	450
aa) Mehrheit von Unterlassungsansprüchen	450
bb) Mehrheit von Beklagten	451
c) Einstweilige Verfügung	452
d) Streitwertminderung/Streitwertbegrenzung	453
aa) Wettbewerbsrecht	453
bb) Markenrecht	455
cc) Urheberrecht	456
e) Einige Beispiele aus der Rechtsprechung für die Festsetzung von Streitwerten bei Unterlassungsansprüchen	456
aa) Wettbewerbsrecht	456
bb) Unterlassungsklagengesetz	459
cc) Markenrecht	459
dd) Urheberrecht	460
3. Streitwert von Feststellungsansprüchen	461
a) Negative Feststellungsklage	461
b) Klagen auf Feststellung der Schadensersatzpflicht	462
4. Streitwert von Auskunftsansprüchen	462
5. Streitwert von Abmahnkosten	463
6. Was ist für die Streitwertfestsetzung zu beachten?	463
7. Rechtsbehelfe gegen die Streitwertfestsetzung	464
a) Vorläufige/endgültige Streitwertfestsetzung	464
b) Rechtsbehelf gegen die vorläufige Streitwertfestsetzung	464
c) Rechtsbehelf gegen die endgültige Streitwertfestsetzung	464
d) Änderung des Streitwerts von Amts wegen	466
8. Was ist bei der Streitwertbeschwerde zu beachten?	466
III. Gebührenfaktoren	467

1. Grundsatz der Gebührenbemessung bei Abmahnungen und Abschlusschreiben	467
2. Gebührenfaktor für Abmahnungen	467
3. Gebührenfaktor für Abschlusschreiben	468
4. Keine Anwendung der Toleranzrechtsprechung	469
5. Anrechnung der Gebühren nach § 15a Abs. 2 RVG	469
a) Grundsatz der Anrechnung	469
b) Anrechnung bei der Geltendmachung gegenüber Dritten	471
c) Was ist zu beachten, wenn der Schuldner den Einwand der Anrechnung erhebt?	472
Sachverzeichnis	473